

Behindertenbeirat der Stadt Würzburg Wahlperiode 2014 – 2020
4. Sitzung 2019
Ergebnisprotokoll

Ort: Rathaus, Wappensaal, Rückermainstr. 2, 97070 Würzburg
Zeit: 10.12.2019, 18.00 - 20.00 Uhr
Anw.: **Vertreter/innen:**
Kreis der Menschen mit Behinderung:
Frau Gerhard, Frau Grünewald, Frau Kirchner, Herr Marx, Herr Schäfer M.A, Frau Scheuplein, Frau Senf, Herr Wendel;
Angehörigenvertreterin: ---
Behinderteneinrichtungen: Herr Schuler; Frau Schunk;
Freie Wohlfahrtsverbände: ---
Sozialausschuss: Frau Stadträtin Lexa, Frau Stadträtin Wolfinger;
Sozialreferentin: Frau Dr. Düber;
Geschäftsführung: Frau Behr;
Entsch.: Herr Bürgermeister Dr. Bauer, Frau Eckenroth, Herr Stadtrat Gerr, Herr Hetterich, Frau Stadträtin Koerber-Becker, Herr Rügamer, Frau Bürgermeisterin Schäfer-Blake, Herr Schöbel, Frau Schröder, Herr Oberbürgermeister Schuchardt, Frau Stadträtin Trost;
Gäste: Frau Erk/Integrationsberatung, Frau Gehlen/Inklusionsbeauftragte, Frau Stadträtin Kerner, Herr Pfeuffer, Herr Rinke/Vorsitzender Seniorenvertretung, Herr Stolzenberg/FBL IIS;
Protokoll: Frau Crescimone, Herr Noè;

I. Begrüßung

Herr Marx eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und entschuldigt die fehlenden Mitglieder.

Er gratuliert Frau Dr. Düber im Namen aller Mitglieder noch einmal persönlich zu ihrer Wiederwahl als Sozialreferentin und freut sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

II. Aussprache zum Protokoll der Sitzung vom 24.09.2019

Das Protokoll wird ohne Beanstandungen angenommen. Herr Rinke ergänzt, dass der Antrag der Seniorenvertretung zur Fußgängerzone inzwischen neu formuliert und auf den Weg gebracht wurde. Es soll eine bessere Überwachung zur Einhaltung der Regeln geben und damit mehr Ruhe einkehren.

III. Vorstellung des Anforderungskataloges für Fachkräfte in der Einzelintegration

Herr Marx begrüßt Frau Erk, die den Arbeitskreis Einzelintegration seit vielen Jahren gemeinsam mit Frau Behr leitet. Der Arbeitskreis hat einen Anforderungskatalog für Fachkräfte in der Einzelintegration erstellt und damit eine Maßnahme des Kommunalen Aktionsplans Inklusion umgesetzt. Frau Erk stellt diesen wie folgt vor:

Der Anforderungskatalog soll ein inhaltlicher Leitfaden für die Umsetzung in der Praxis sein, den Auftrag der Fachkräfte der Einzelintegration konkretisieren und Kindertagesstätten auf ihrem Weg zu inklusiven Einrichtungen begleiten.

Der Bezirk Unterfranken unterstützt den Anforderungskatalog. Er hat ihn bereits auf seiner Homepage stehen und wird ihn den Anträgen auf Einzelintegration zukünftig beilegen.

Teilhabe ist ein wesentlichster Auftrag der Eingliederungshilfe und deshalb Schwerpunktthema des Anforderungskataloges.

Eine Vision für die Zukunft: „Alle Kindertagesstätten arbeiten inklusiv und sind entsprechend konzeptionell, personell strukturell und kulturell ausgestattet. Das System Kindertageseinrichtung ist fähig den individuellen Entwicklungsbedürfnissen aller Kinder Rechnung

zu tragen. Eine individuelle Assistenz ist nur noch bei sehr hohem Unterstützungsbedarf notwendig und steht zur Verfügung. Vielfalt ist Normalität und eine Chance für die Allergischen.“

Weiterhin ist geplant, in Zusammenarbeit mit der FA Tagesbetreuung dafür Sorge zu tragen, dass der Anforderungskatalog weiträumig transportiert wird. Angedacht ist eventuell ein Fachtag zum Thema Inklusion und Teilhabe im Jahr 2020.

Herr Marx bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Fragerunde.

Herr Wendel und Frau Stadträtin Kerner, die Frau Erk seit vielen Jahren kennen, loben die Arbeit und das Engagement von Frau Erk.

Frau Stadträtin Kerner spricht sich dafür aus, in Umsetzung des Elternwunsches Einrichtungen zur Aufnahme von behinderten Kindern zu verpflichten. Sie ist auch bereit an dem geplanten Fachtag aktiv mitzuwirken.

Frau Dr. Düber bedankt sich ebenfalls und erläutert, dass bei der FA Kindertageseinrichtung ein großer Wunsch zur Kooperation besteht. Der Wunsch der Eltern und somit die Wahlfreiheit ist wichtig. Unsicherheit ist jedoch vorhanden, auch in der Beratung. Ziel ist zunächst, in jedem Stadtteil eine inklusive Kindertagesstätte zu schaffen, Eltern gezielt dorthin zu verweisen und dann weiter sukzessive auszubauen. Sie äußert Bedenken gegen eine Verpflichtung der Kindertagesstätten und setzt auf Sensibilisierung.

Frau Erk erläutert die Wichtigkeit Inklusion umfänglich zu denken. Bereits das Bayerische Kinderbildungsgesetz beinhaltet die Verpflichtung zu einem partizipativen inklusiven Konzept. Trotzdem müssen Eltern immer noch darum kämpfen, ihr Kind in eine Kindertagesstätte zu geben.

IV. Kommunalwahlen im März 2020 – Aufhebung der Wahlausschlüsse – Wege der Kommunikation in die Einrichtungen

Die Aufhebung der Wahlausschlüsse war bereits Thema in der letzten Sitzung.

Herr Wendel schlägt vor, dass Mitglieder des Behindertenbeirats in Einrichtungen gehen und die Bewohner über das komplizierte Wahlverfahren informieren und sie für die Wahl aktivieren. Ebenfalls sollen Senioren in den Altenheimen, Pflegedienstleitungen, OBA und Betreuer informiert werden.

Frau Dr. Düber gibt zu bedenken, dass der Behindertenbeirat ein beratendes Gremium des Stadtrats ist und deshalb die Neutralität auf jeden Fall gewahrt werden muss. Informationen können deshalb nur zum Wahlverfahren, nicht jedoch über die Wahlprogramme und Aktivitäten der Parteien gegeben werden.

Dazu Folgendes:

Frau Stadträtin Kerner ist der Meinung, die Informationsveranstaltung analog der Vorstellung in den Schulen zu machen und an die Lehrkräfte heranzutreten. Lt. Frau Schunk ist das Thema bereits im Lehrplan verankert.

Frau Gerhard berichtet, dass es vom Amt für politische Bildung ein Infoblatt über die Ziele der verschiedenen Parteien gibt.

Frau Gehlen schlägt vor, dass die Dr. Maria-Probst-Schule der Robert-Kümmert-Akademie wie bereits bei der Europawahl eine Informationsveranstaltung in leichter Sprache durchführt. Frau Behr wird bei Frau Baatz-Kolbe nachfragen, ob sie dazu bereit wäre.

Herr Rinke findet eine Pressemitteilung sinnvoll.

Lt. Frau Behr könnten beide Aktionen stattfinden.

Herr Wendel, Frau Kirchner, Frau Grünewald, Frau Gerhard, Frau Scheuplein, Herr Schuler und Herr Noe erklären sich bereit, in die Einrichtungen zu gehen und über das Wahlverfahren zu informieren. Die Stadträtinnen Lexa, Wolfinger und Kerner möchten sich ebenfalls beteiligen, was jedoch wegen der Parteizugehörigkeit im Rahmen der Neutralität nicht sinnvoll ist.

V. Neues aus dem Stadtrat/Ausschüssen

Frau Dr. Düber berichtet wie folgt:

In der 98. Sitzung des Stadtrats am 26.09.2019 stand die Anfrage des Stadtratsmitglieds Gerr zu Lautsprecheranlagen in Bussen und Straßenbahnen auf der Tagesordnung. Es ging dabei vor allem um das Ersetzen der hellen Kinderstimmen in den Straßenbahnen, die für Menschen mit einer Hörbehinderung sehr schwer verstanden werden. Die WSB hat dem Wunsch nach einer Änderung nicht entsprochen, aber in den neuen Straßenbahnen, die angeschafft werden, erfolgt die Information über ein großes Display und die Durchsagen erfolgen über eine Computerstimme für alle verständlich.

In der 11. Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Mobilitätsausschusses am 05.11.2019 ging es um die Verbreiterung der Haltestelleninsel am Sanderring, die von den Stadtratsmitgliedern Roth, Dr. Bötsch, Jörg, Buchberger, Schott, Schubert und Scheller auch namens der CSU-Stadtratsfraktion beantragt wurde. Der Antrag wird weiterverfolgt

Aus den Haushaltsberatungen am 21. und 22.11.2019:

Auf Antrag der SPD –Fraktion wurden als Umsetzung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit in kulturellen Einrichtungen für die Anschaffung von 2 weiteren Tastmodellen im Kulturspeicher 10.000 € im Vermögenshaushalt bereitgestellt.

Weiterhin wurde auf Antrag der ÖDP-Fraktion und der SPD-Fraktion die Haushaltsstelle für den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern um weitere 5.000 € auf 10.000,- € erweitert, um zukünftig auch den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern für kulturelle Veranstaltungen und in Eigenbetrieben zu ermöglichen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion und der GRÜNE-Fraktion wurden für 2020 zur Fortführung des Büros für Leichte Sprache 15.000 € in den Haushalt gestellt mit der Perspektive einer weiteren Bezuschussung im Haushaltsjahr 2021.

Für die Freiwilligenagentur des ASB wurden für 2020 und Folgejahre 25.000 € für Personalkosten zur Fortführung der 2 halben Stellen eingestellt.

Der SKF erhält für Vereinsbetreuungen, da er damit unsere Betreuungsstelle entlastet, zusätzlich 10.000 € mehr und somit 50.000 € im Jahr 2020.

Auf Antrag der GRÜNE-Fraktion wurde der Nothilfefonds für Senioren von 50.000 € auf 55.000 € erhöht.

Auf Antrag der FWG-Fraktion wurden 50.000 € für das Bürgerhaus Versbach eingestellt. Hier soll eine Toilette für Alle entstehen.

Frau Stadträtin Lexa ergänzt vom Kultur- und Schulausschuss. Es geht dabei um die barrierefreie Gestaltung der Homepage des Mainfrankentheaters. Hier muss unbedingt Barrierefreiheit im vollen Umfang, wie z.B. leichte Sprache, Gebärdenvideos und Vorlesefunktion, umgesetzt werden. Eine Einbeziehung von Frau Gehlen ist sinnvoll.

Lt. Frau Gehlen ist die digitale Barrierefreiheit wichtig. Sie ist bereits im Bundesgleichstellungsgesetz und in der Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes verankert und in die Planungen für 2020 aufgenommen.

Die Homepage der Stadt Würzburg wird zurzeit überprüft, ob sie der BIT-Verordnung des Bundesgleichstellungsgesetzes entspricht. Dafür ist ein externer Gutachter beauftragt. Die Empfehlungen werden auf unseren Webseiten eingearbeitet.

Neues aus dem Bereich Inklusion

Frau Gehlen berichtet wie folgt:

Für die Förderung von Inklusionsprojekten in eigener Zuständigkeit und für Dritte standen jeweils 25.000 € im Haushalt. 2019 wurden knapp 20 externe Projekte und Institutionen unterstützt, z.B. durch Förderung eines Gebärdensprachdolmetschers beim Kinderfest und beim Stadtfest (Übersetzung der Eröffnungsreden) und beim Improtheaterfestival (Übersetzung Samstag Abendshow im Mainfrankentheater).

Weiterhin wurde für das Nachbarschaftscafe des Vereins Viertelkultur in der Zellerau eine Außenrampe zur barrierefreien Zugänglichkeit finanziert. Am 21.12.2019 findet die Eröffnung im Rahmen des Zellerauer Weihnachtsmarktes statt. Eine barrierefreie Toilette ist in Planung. Lt. Frau Gerhard gab es dafür einen Spendenaufruf. Die Sparkasse hat die Spenden verdoppelt.

Frau Gehlen verabschiedet sich vom Behindertenbeirat, da sie im Januar in Mutterschutz geht.

Frau Dr. Düber bedankt sich für die tolle Zusammenarbeit auch ihr Expertenwissen.

Zur Info: Die Stellen von Frau Gehlen und Frau Behr werden ausgeschrieben. Bei Frau Behr ist eine Überschneidungszeit geplant.

VI. Sonstiges

Herr Rinke informiert, dass am 21.12.2019 ein Benefizkonzert im Dom stattfindet zugunsten des Hilfsfonds der Seniorenvertretung der Stadt Würzburg, der in diesem Jahr 40 Objekte gefördert hat. Beginn ist um 16.00 Uhr. Der Eintritt beträgt 10 €, ermäßigt 8 €.

Frau Gerhard spricht eine fehlende Ermäßigung für Menschen mit Behinderung im Nautiland an. Frau Behr wird sich darum kümmern.

Frau Kirchner berichtet von der Webseite nebenan.de – Verbinde dich mit deinem Nachbarn. Sie hat einer Frau geholfen, die nicht selbständig aus dem Haus kann und Kontakt sucht.

Frau Dr. Düber ergänzt, dass die aufsuchende Sozialarbeit für Senioren im Sozialreferat neu etabliert wurde. Diese klärt ab, ob Hilfebedarf besteht und wie dieser aussieht. Ziel ist, dieses Team zu erweitern.

VII. Ab 19.30 Uhr vorweihnachtliche Feier

Herr Marx bedankt sich bei allen für die gute Zusammenarbeit und wünscht ein frohes Weihnachtsfest. Es war ein ereignisreiches Jahr mit einigen Projekten, die der Behindertenbeirat auf den Weg bzw. zum Abschluss gebracht hat. Beispielhaft hierfür sind die Rampen in den Straßenbahnen, die aktive Mitwirkung am Busnetz plus oder die Teilnahme am Workshop Demokratie Leben.

Frau Dr. Düber und Herr Schäfer schließen sich den Dankesworten und Weihnachtswünschen an.

Würzburg, 17.12.2019

gez.

Jutta Behr, Geschäftsführung Behindertenbeirat